Satzung des Landschaftsverbandes Rheinland über Auszeichnungen des Landschaftsverbandes Rheinland

vom 25. Februar 2025

Aufgrund von § 6 Abs. 1 und § 7 Abs. 1 Buchst. d der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 657), von denen § 6 zuletzt durch Art. 3 des Gesetzes vom 15. November 2016 (GV. NRW. S. 966) und § 7 zuletzt durch Art. 3 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GV. NRW. S. 759, ber. 2019, S. 23) geändert worden ist, hat die Landschaftsversammlung Rheinland am 25. Februar 2025 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

(1) Der Landschaftsverband Rheinland zeichnet verdientes Engagement von Personen, Gruppen und Unternehmen mit verschiedenen Preisen aus - unter anderem aus den Bereichen Kunst, Kultur, soziales Engagement und Wissenschaft. Die Preisträger*innen zeigen insbesondere, was es bedeutet, Solidarität, Humanität und Toleranz im Rheinland zu leben. Damit repräsentieren die Ausgezeichneten nicht nur die Werte des LVR, sondern sie erfüllen auch eine Vorbildfunktion für die Gestaltung einer erfüllten, engagierten und inklusiven Gesellschaft. Dies wird durch die LVR-Preise sichtbar und gefördert – gleichzeitig soll durch die Auszeichnung die Vermittlung der Grundwerte des LVR über die rheinischen Landesgrenzen hinaus erfolgen und hierfür geworben werden.

(2) Diese Satzung gilt für alle aktuell und zukünftig vom LVR verliehenen Auszeichnungen und Preise.

(3) Der Landschaftsausschuss entscheidet über die Einführung neuer LVR-Preise oder über die Abschaffung bestehender LVR-Preise gemäß § 3 Abs. 3 Nr. 20 der Zuständigkeits- und Verfahrensordnung für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung Rheinland und ihre Kommissionen.

§ 2

(1) Die konkreten Bedingungen, das Vorschlagsrecht und das Vorschlagsverfahren, das Auswahlverfahren, zu übergebende Gegenstände, die Höhe einer etwaigen finanziellen Zuwendung und die Modalitäten der Verleihung der einzelnen Preise werden in gesonderten Richtlinien durch den jeweils zuständigen Ausschuss oder die jeweils zuständige Kommission festgelegt. Die Zuständigkeit ergibt sich aus der Zuständigkeits- und Verfahrensordnung für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung Rheinland und ihre Kommissionen.

(2) Die mit der Preisverleihung gewährten Zuwendungen stellen öffentlich-rechtliche Leistungen dar.

(3) Ein Anspruch auf die Verleihung eines Preises besteht nicht.

§ 3

(1) Eine Verurteilung wegen eines Verbrechens (§ 12 Abs. 1 StGB) schließt die Verleihung eines Preises grundsätzlich aus. Bei der Verurteilung wegen eines Vergehens (§ 12 Abs. 2 StGB) ist die Verleihung eines Preises möglich und steht im Ermessen des LVR, wenn die Strafe nicht mehr im Führungszeugnis eingetragen ist.

(2) Erweist sich der*die Preisträger*in durch sein*ihr späteres Verhalten, insbesondere durch die Begehung einer Straftat oder durch Verletzung der demokratischen Staatsordnung der Auszeichnung als unwürdig oder wird ein solches Verhalten nachträglich bekannt, so soll die Auszeichnung aberkannt werden. Bereits erfolgte Zuwendungen in Form von Gegenständen oder Geldbeträgen sind in diesem Fall zurückzugewähren.

(3) Über die Aberkennung und Rückforderung von Zuwendungen entscheidet der Landschaftsausschuss in nichtöffentlicher Sitzung.

§ 4

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Die vorstehende Satzung wird gemäß § 6 Absatz 2 der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 657), der zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 15. November 2016 (GV. NRW. S. 966) geändert worden ist, bekannt gemacht.

Nach § 6 Absatz 3 Landschaftsverbandsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV.NRW. S. 657), der zuletzt durch Art. 9 des Gesetzes vom 1. Dezember 2021 (GV. NRW. S. 1346) geändert worden ist, kann die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Landschaftsverbandsordnung gegen die Satzung nach Ablauf von sechs Monaten seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- die Direktorin des Landschaftsverbandes hat den Beschluss der Landschaftsversammlung vorher beanstandet oder
- der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber dem Landschaftsverband vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Köln, den 25. Februar 2025

Die Direktorin
des Landschaftsverbandes Rheinland

Ulrike L u b e k